



Wortprotokoll der 30. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 15. März 2023, im Anschluss an die
29. Sitzung
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einziger Tagesordnungspunkt Seite 3

Beratung der Studie „Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann“ der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz mit dem Vorsitzenden der Sachverständigengruppe, Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher

Ausschussdrucksache 20(26)43 und Ausschussdrucksache 20(26)44



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand	Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelsen, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Teutrine, Jens	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael
DIE LINKE.	Rixinger, Bernd	



Einziger Tagesordnungspunkt

Beratung der Studie „Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann“ der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz mit dem Vorsitzenden der Sachverständigengruppe, Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher

dazu verteilt:

Studie „Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann“ der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz sowie ein zusammenfassender Artikel der Studie mit gleichlautendem Titel Ausschussdrucksache 20(26)43,

Fragenkatalog Ausschussdrucksache 20(26)44,

PowerPoint-Präsentation von Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher Ausschussdrucksache 20(26)47

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe gehört, die Technik ist so weit, sodass wir mit unserer Sitzung beginnen können. Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 30. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE). Wir haben einen einzigen Tagesordnungspunkt, nämlich die Beratung der Studie „Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann“ der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz. Bei uns ist der Vorsitzende dieser Sachverständigengruppe, Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher.

Ich eröffne die Sitzung und begrüße die Mitglieder des Beirates, die interessierte Öffentlichkeit und unseren Sachverständigen. Herzlich willkommen, Herr Prof. Dr. Dr. Wallacher.

Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen, insbesondere, wie zentrale Blockaden für notwendige Veränderungen gelöst und welche Stellschrauben hierfür betätigt werden müssen oder können. Die Sachverständigengruppe kritisiert die Ankündigungsretorik bei der sozial-ökologischen Transformation, eine unzureichende Ordnungspolitik, schwache Instrumente, falsche Leitbilder und Institutionsversagen. Sie fordert

eine neue Form der Genügsamkeit, politischen Mut und eine ehrliche Zumutungspolitik. Ich habe Sie, Herr Prof. Wallacher zunächst bezüglich Ihrer Themen vorgestellt. Ich möchte aber nicht unerwähnt lassen, dass Sie als Präsident der Hochschule für Philosophie in München insbesondere folgende Arbeitsschwerpunkte haben:

- Grundlagen der Wirtschafts- und Unternehmensexistenz und ihre Anwendung, insbesondere auf Fragen von Nachhaltigkeit und Unternehmens- wie Konsumentenverantwortung,
- Ethik der Nachhaltigkeit,
- Wirtschaftliche Fragen der Globalisierung,
- Ethik des Ressourcenmanagements,
- Ökonomie und Kultur in ihrer wechselseitigen Verflechtung.

Bevor wir in das Gespräch einsteigen, möchte ich noch einige kurze organisatorische Hinweise geben. Herr Prof. Wallacher hat zur Vorbereitung auf das Gespräch die Studie, die ich gerade schon benannt habe, sowie einen zusammenfassenden Artikel der Studie mit gleichlautendem Titel an den PBnE übersandt. Sie sind als Ausschussdrucksache 20(26)43 an die Beiratsmitglieder verteilt und auf der Homepage des Beirats veröffentlicht worden.

Die PowerPoint-Präsentation zur heutigen Sitzung werden wir im Nachgang zur Sitzung als Ausschussdrucksache 20(26)47 verteilen.

Die Mitglieder des PBnE haben vereinbart, dass das heutige Gespräch im Parlamentsfernsehen übertragen wird. Die Sitzung wird live auf Kanal 4 übertragen und später in der Mediathek und dann auch auf der Website des Beirats eingestellt. Unser Sachverständiger hat sich mit der Übertragung einverstanden erklärt.

Von unserem Fachgespräch wird zudem ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird die Sitzung zur Erstellung des Protokolls mitgeschnitten.

Es wurde zudem ein schriftlicher Fragenkatalog des PBnE als Ausschussdrucksache 20(26)44 eingereicht.

Die Obleute des PBnE haben sich darauf geeinigt, dem Sachverständigen Gelegenheit für ein ca. 20-



minütiges Eingangsstatement zu geben, um die Kernelemente der Studie hervorzuheben und auf die eine oder andere Frage auch aus dem Fragenkatalog einzugehen. Die anschließenden Fragerunden werden wie immer flexibel gehandhabt. Wir werden die Fragen nicht sammeln, sondern nach dem schon in der Vergangenheit geübten Verfahren für die Frage und die Antwort und ggf. die Nachfrage insgesamt jeweils fünf Minuten bereitstellen. Die Redezeit wird hier auf der Uhr im Sitzungssaal festgehalten. Wie üblich werden wir hier flexibel damit umgehen. Spätestens um 20:00 Uhr werde ich die öffentliche Sitzung dann beenden.

Soweit meine einleitenden und organisatorischen Hinweise. Ich darf Sie, Herr Prof. Wallacher, nun bitten, uns Ihren Input vorzutragen. Sie haben das Wort.

Sachverständiger Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher (Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Herr Vorsitzender, verehrte Abgeordnete, Damen und Herren. Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, unsere Studie hier vorzustellen.

Die Studie ist im Rahmen eines Projekts, das die Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ seit 2018 als Begleitung der Sustainable Development Goals (SDGs) durchführt, und im Lichte der Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus zu sehen. Ich darf heute im PBnE auch zum zweiten Mal bei Ihnen sein, weil ich die Vorgängerstudie, wo es um die Frage ging: „Welche Rolle spielt Wachstum im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung?“, hier bereits präsentiert habe.

Ich darf an dieser Stelle noch einmal einsteigen, weil das unser Verständnis von sozialökologischer Transformation ist. Zunächst einmal war es lange Zeit ein politischer Nischenbegriff, wenn ich es mal so formulieren darf, inzwischen – glaube ich – ist er aber in der Breite der Gesellschaft auch international akzeptiert und etabliert, auch aufgrund der Notwendigkeit, Wirtschaft und Gesellschaft aufgrund der fortschreitenden ökologischen Probleme zu transformieren.

Was ist der Kern unseres Verständnisses von sozialökologischer Transformation? Ich würde es als wertebasiertes Modernisierungskonzept

überschreiben, das im Grunde verschiedene Elemente auffasst. Das ist sehr deutlich die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft mit einer wertebasierten Zielperspektive. Das ist im Grunde im oberen Bereich meiner Präsentation zu sehen. Wir brauchen, um die Entkopplung von Ressourcenverbrauch und einen Wohlstand durch Effizienzsteigerungen zu bekommen, einen veränderten Ordnungsrahmen, der, und das ist – glaube ich – ganz wichtig, die vielfältigen Externalisierungseffekte, die wir in Produktion und Konsum haben, überwindet und im Grunde, wenn man es ökonomisch sagt, diese externen Effekte internationalisiert und – ethisch betrachtet – dem Verursacherprinzip wieder Geltung verschafft. Das ist ein wichtiger Aspekt und nur dann werden wir das durch eine verursachergerechte Bepreisung von Umweltgebrauch, Innovationen und Anreizen schaffen. Dies ist auch ein wichtiger Aspekt für die Kreislaufwirtschaft, die Sie erwähnt haben, als eine erste wichtige Säule dieses Modells. Wir wissen aber auch, und das ist ganz wichtig, dass einkommensschwächere Gruppen dadurch überproportional belastet werden. Deswegen brauchen wir einen sozialen Ausgleich, der damit verbunden ist. Zudem brauchen wir eine internationale Abstimmung, um Trittbrettfahrereffekte und die Verlagerung der Produktion in Gebiete mit noch geringeren Umweltauflagen zu verhindern.

An dieser Stelle kommt ein wichtiger Aspekt, warum ich sage, es geht um ein wertebasiertes Modernisierungskonzept. Dieses Konzept, das wir vorstellen, ist nicht nur auf Effizienz aus, sondern sozusagen in einer dialektischen Weise auch auf Suffizienz ausgerichtet. Wir brauchen vorbereitend, begleitend und ergänzend dazu einen Bewusstseinswandel, der die Bedeutung von zukunftsgemeinwohlorientiertem Handeln unterstreicht und die Leitbilder auch verändert und der Tatsache Rechnung trägt, dass wir in einer begrenzten Welt angekommen sind. Das ist die Frage vier, die Sie mir geschickt haben. Darauf darf ich kurz eingehen. Wenn wir über Anreize sprechen und faire Verteilungen, dann geht es vor allem darum, dass wir natürlich ökonomische Anreize wählen und vor allen Dingen die Bepreisung von Umweltgebrauch. Gleichzeitig aber ist es auch eine Voraussetzung, dass es dazu



überhaupt kommt, diesen Bewusstseinswandel vorzubereiten, zu ergänzen und zu begleiten, insbesondere, weil wir nicht wissen, ob die technologischen Veränderungen ausreichen, um diese planetarischen Belastungsgrenzen einhalten zu können. Wir wissen vor allen Dingen auch politik-ökonomisch nicht, ob wir die entsprechenden Mehrheiten für diese Veränderungen bekommen. Deswegen braucht es diesen dialektischen Prozess von Suffizienz und Effizienz.

Im Grunde wollen wir mit der Studie in drei Schritten Orientierung geben. Zunächst einmal ist wichtig zu fragen, „Was sind eigentlich die Barrieren, die Hindernisse, die dazu führen, dass eine sozialökonomische Transformation nicht gelingen kann?“ Ich erläutere es an drei Beispielen. Ich werde das an einem wichtigen Feld erläutern, dem Kohleausstieg als Beispiel der Energiewende. Zweitens formulieren wir eine positive attraktive Zielperspektive, die die Transformation motiviert und die Transformation nicht als Verzichts- und Veränderungsabbau, sondern als eine positive Zielperspektive formuliert. Auf Basis dieser Stellschrauben kann die Transformation gelingen. Wir nehmen durchaus mit einem selbstkritischen Blick auch den Beitrag der Kirche für die Transformation auf die verschiedenen Ebenen in den Blick. Drei Ihrer Fragenkomplexe gehen ja auch in diese Richtung, und ich gehe gerne darauf ein.

Zunächst zum ersten Beispiel, zu den Themen „Energiewende“ und „Kohleausstieg“ als ganz wichtige Aspekte. Hier sieht man sehr deutlich, wo die Barrieren und Hindernisse zu identifizieren sind. Wenn Sie dieses Schaubild anschauen, sehen Sie in der schwarzen Fläche den weltweiten Bestand von relativ leicht abbaubaren fossilen Energiebrennstoffen, knapp 50 000 Gigatonnen CO₂. Wir sehen auf der rechten unteren Seite die Budgets, die uns zur Verfügung stehen, um das 2- bzw. 1,5 Grad-Ziel noch zu erreichen. Das ist ein Bruchteil davon. Diese Zahlen sind nicht mehr ganz aktuell. Die Budgets sind inzwischen schon etwas zurückgegangen. Das heißt, die große Herausforderung besteht darin, diese Kohlevorräte, aber auch die anderen Vorräte, nicht gänzlich zu nutzen, sondern die Transformation voran zu bringen.

Warum ist das so schwierig? Weil wir hier in

diesem Feld ein Paradebeispiel von Externalisierung haben. Kohle ist eine vermeintlich günstige Energiequelle. Günstig nur deshalb, weil die externen Kosten zukünftigen Generationen, den Schwächsten, in Form von deutlich höheren CO₂-Emissionen aufgebürdet werden, aber auch Gesundheitsschäden beim Abbau und vielen anderen Dingen erzeugen. Wir haben in diesem Bereich enorme Pfadabhängigkeiten finanzieller Art, weil die Infrastruktur das entsprechend strukturell bietet und weil dieser Faktor aber auch eine kulturelle Dimension hat. Wir sehen das bei allen Phasen des Kohleausstiegs in Deutschland, ob das an der Saar oder an der Ruhr war. Ein Prozess, vor dem wir jetzt stehen. Wir haben jetzt vor allen Dingen im Hinblick auf die globale Dimension die große Herausforderung, dass für die Regionen, die jetzt über ihre Energiezukunft entscheiden, eine vermeintlich günstige Energieoption zur Verfügung steht. Wir müssen diesen Ländern, beispielsweise in Afrika, helfen, andere Energiepfade einzuschlagen. Wir sehen, dass ausgerechnet dort die Finanzierungsbedingungen sehr schwierig sind und es deswegen auch einer höheren internationalen Zusammenarbeit im Hinblick auf Technologie, auf finanzielle Unterstützung und Solidarität bedarf. Es sind wesentliche Barrieren und Hindernisse, die wir in diesem Bereich haben und die wir in den Blick nehmen müssen.

Nun zur Zielperspektive, die uns wichtig ist und die wir formulieren. Dabei geht es um eine ethisch begründende Perspektive. Wir befinden uns in einer Situation mit einer extrem vollen, erhitzten Welt. Die Menschen sollen die Möglichkeit haben, jetzt und zukünftig ein gutes Leben führen zu können, und zwar selbstbestimmt in den jeweiligen kulturellen Kontexten. Jetzt stellt sich die Frage, wie kann man das interkulturell bestimmen? Dazu schlagen wir vor, die verschiedenen Menschenrechte in ihren Dimensionen zu beschreiben. Die Menschen sollen die Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse befriedigen zu können. Um das aus eigener Kraft zu tun, brauchen sie faire Chancen, und sie brauchen gerechte Verfahren. Die gute Nachricht ist, und das sagt uns die Wissenschaft, dass diese Transformation, dieses Ziel immer noch zu vertretbaren Kosten bei zügigen Strukturreformen zu erreichen ist. Allerdings wird das Zeitfenster



kleiner. Je länger wir warten, umso höher werden die Kosten und so geringer die Aussichten, diese Ziele für alle erreichen zu können. Vor diesem Hintergrund formulieren wir die Stellschrauben gelingender Transformation in insgesamt vier Komplexen. Ganz wichtig ist, zu sagen, dass diese Stellschrauben nicht isoliert voneinander betrachtet werden können, sondern dass diese sich wechselseitig ergänzen und miteinander abgestimmt werden, weil nur in der Gemeinsamkeit diese Transformation gelingen kann.

Zunächst einmal zu dem Aspekt, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, der Innovation und Gemeinwohl befördert. Wir treten dabei sehr deutlich dafür ein, die wirtschaftlichen Anreize so zu setzen, dass Innovation und Gemeinwohl befördert werden können und die externen Kosten internalisiert werden. Das entscheidende Element dazu ist die Bepreisung von Umweltgebrauch und Treibhausgasemissionen. Dazu brauchen wir einen wichtigen Schub. Gleichzeitig müssen wir die Zumutungen und neue Handlungschancen fair verteilen, weil dadurch ungleiche soziale Belastungen verbunden sind, weil ausgerechnet die Schwächsten, die am geringsten Umweltgebrauch zu verzeichnen haben in Form ihres ökologischen Fußabdrucks, am meisten von diesen Veränderungen betroffen sind. Wir müssen gleichzeitig Transparenz und Teilhabe für gesellschaftliche Unterstützung des Wandels fördern. Ich bin sehr dankbar, dass Sie in Ihren Fragen auch ausdrücklich auf die kulturelle Dimension des Wandels eingehen bzw. diese ernst nehmen.

Lassen Sie mich im Grunde hier noch mal beschreiben, wie diese Stellschrauben genauer aussehen können und was das auch mit Ihren Fragen zu tun hat bzw. wie wir das bei dem Ordnungsrahmen noch einmal angehen. Das ist ja auch noch mal mit Ihrer Frage Nummer vier verbunden und ob diese Anreize nicht zu Gewinnmaximierung und sogar einer größeren Ungleichverteilung führen. Ich glaube, das ist nicht der Fall, wenn man die Bepreisung und den Ordnungsrahmen so gestaltet, dass wirklich die Verursacher für den Umweltgebrauch entsprechend zur Kasse gebeten werden. Ein sehr einfaches Instrument wäre, praktisch als „Low hanging Fruits“ der Transformation,

umweltschädliche Subventionen konsequent zu streichen. Das Umweltbundesamt hat dazu in den letzten Wochen eine wegweisende Studie veröffentlicht.

Wir brauchen für diesen Ordnungsrahmen eine agile Innovationsförderungspolitik, und wir brauchen kohärente Nachhaltigkeitsstrategien. Mit „agiler Innovationsförderungspolitik“ meine ich durchaus auch Ansätze in der gesamten Breite von unternehmerischem Handeln, die im Bereich nachhaltiger Technologien wirklich schneller Innovationen voranbringen, sei es technologischer und sozialer Art. Dabei geht es um Zumutungen im Zusammenhang mit neuen Handlungschancen und dem sozialen Ausgleich der Transformation. Ich glaube, dass ist ein wichtiger Punkt. Das entnehme ich auch aus Ihrer Frage Nummer vier: Was sind denn eigentlich die Instrumente? Da ist in der Klimaökonomie ein großer Konsens zu sehen, dass mit einer Klimaprämie möglichst einfach alle Personen am Jahresende den gleichen Betrag zurückbekommen. Es ist – glaube ich – ganz wichtig, dass diese verursachergerechte Bepreisung nicht im allgemeinen Haushalt verschwindet, sondern es eine Rückvergütung gibt. Diejenigen, die am wenigsten ökologische Fußabdrücke haben, profitieren am meisten davon. Deswegen bringt eine Klimaprämie auch einen sozialen Ausgleich und sogar einen Moment der sozialen Umverteilung wie dies z. B. das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change gGmbH (MCC) in Berlin verschiedentlich immer wieder durch Studien belegt. Wir brauchen eine Sozialpflichtigkeit von gestrandeten Vermögenswerten aus den fossilen Energien, und wir brauchen für die Energieproduktion, um die internationale Solidarität voranzubringen und um zu verhindern, dass beispielsweise Länder in Afrika jetzt massiv auch in die Kohleproduktion gehen, Technologie- und Finanzierungshilfen.

Lassen Sie mich etwas zum Bereich „Transparenz und Teilhabe“ sagen, weil das zu den ersten beiden Fragen des Fragenkomplexes gehört, also „Innovative Politikelemente“, „zukunftsfähige Demografie“, „Partizipation“ und „Selbstbindung“. Die erste Frage geht ja sehr stark in diese Richtung. Eine wichtige Voraussetzung für diese politischen Instrumente wäre eine deutliche Stärkung des Subsidiaritätsprinzips.



Wir brauchen in Demokratien Möglichkeiten der Partizipation, der Repräsentation auch zukünftiger Generationen. Wir brauchen aber auch Mechanismen der Selbstbindung von Demokratien. Das ist momentan ein breites Feld in der wissenschaftlichen Debatte zur politischen Ökonomie der Nachhaltigkeit. Wie können sich Demokratien längerfristig und mit Planungssicherheit für alle Beteiligten längerfristig auf Ziele verständigen, ohne dass dies ständig im politischen Tagesgeschäft wieder zur Disposition gestellt wird? Das heißt, die Frage ist, wie können wir Umsetzungen politischer Grundsatzentscheidungen, wie das Zwei-Grad-Ziel, auf demokratisch legitimierter Weise an geeignete Institutionen delegieren? Wir haben dazu Beispiele, was hier Institutionen wie die Zentralbanken geschaffen haben, die sich treuhänderisch und mit entsprechendem Mandat und Expertise um das Ziel der Geldwertstabilität kümmern. In gleicher Weise schlagen Wissenschaftler beispielsweise vom MCC eine europäische Klimazentralbank vor, die einem langfristig politisch festgelegten Klimaziel verpflichtet ist und davon abgeleitet den Emissionshandel justiert. Das ist eine wichtige Maßnahme, die die Glaubwürdigkeit langfristiger Politik stärken kann, die demokratisch legitimiert ist und die Selbstbindung von Demokratien vorantreiben könnte. Das ist ein wichtiger Aspekt auf dieser Ebene.

Lassen Sie mich zur kulturellen Dimension kommen. Ich habe schon auf den dialektischen Prozess hingewiesen: „Effizienz und Suffizienz“ in ihrer wechselseitigen Verbindung. Wir brauchen, auch das gehört zur kulturellen Dimension, eine neue Form der Rechnungslegung sowohl auf betriebswirtschaftlicher als auch auf volkswirtschaftlicher Ebene, um zu neuen Indikatoren sowohl von unternehmerischen Gewinnen ohne Externalisierungseffekte als auch zu volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu kommen. Wir brauchen, auch das ist ein Punkt, den wir in der Studie adressieren, eine verantwortungsvolle Bevölkerungspolitik. Dabei haben nicht zuletzt auch die Kirchen eine besondere Verantwortung, um hier einen positiven Beitrag zu einer selbstbestimmten Bevölkerungspolitik zu erbringen, die sich empirisch durchaus mehrfach bewiesen hat und die sich vor allen Dingen erfolgreich durch eine

Befähigung von Frauen erreichen lässt.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz etwas zu den verschiedenen Fragekomplexen der Rolle der Kirche in diesem Kontext sagen. Wir haben das durchaus als Sachverständigengruppe in diesem letzten Kapitel sehr deutlich gemacht. Ich bin sehr froh, dass die beteiligten Kommissionen dabei auch in der Vorstellung mitgegangen sind, dass das eine große Frage der Glaubwürdigkeit ist, dass Kirchen auch in dem Maß für die Transformation bzw. deren Gelingen werben und dabei Akteure des Wandels werden können, indem sie das in ihrem eigenen Bereich tun. Dabei gibt es auf der Ebene der kulturellen Bedeutung ganz stark das Moment der Bewusstseinsbildung.

Drei Elemente, will ich nennen, die mir wichtig sind: Das ist der umfassende Bereich der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und dabei nicht nur über die Notwendigkeit des Wandels zu informieren, sondern Menschen auch zu befähigen, ihren Lebensstil, ihre Konsumgewohnheiten zu ändern und dabei selbst aktiv zu werden und zu realisieren, dass diese Änderungen nicht mit Verlust, sondern durchaus mit Gewinn an Lebensqualität verbunden sind. Der zweiter Aspekt sind die langen, spirituellen Traditionen des Christentums aber auch anderer Religionen, die nah und anschlussfähig an dem sind, was ich hier Suffizienz nenne. Sie haben von mir den Begriff des „Verzichts“ ganz bewusst nicht gehört, weil ich „Suffizienz“ nicht mit „Verzicht“ gleichsetze, sondern mit „Genügsamkeit“ und der „Tugend des rechten Maßes“. Das ist die Tradition, auch die der Geistesgeschichte, ich sage jetzt mal in der europäischen und zwar schon vor den christlichen Kirchen, wenn ich an Aristoteles und seine Tugend der Mitte und der Genügsamkeit denke, die genau das beschreibt.

Ich glaube, wenn wir unsere Leitbilder gesellschaftlich von einem „immer höher, schneller, weiter“ auch zu einer „Tugend des rechten Maßes“ korrigieren, werden wir auch Gesellschaften dazu bringen und motivieren können, dass damit eine höhere Lebensqualität verbunden ist. Kirchen müssen in ihrem eigenen Bereich – und damit will ich abschließen – deutlich mehr tun. Wir fordern das ein. Es sind erste Schritte durch entsprechende Berichte getan worden, durch Willensbekundungen. Was den



Immobilienbesitz und das Gebäudemanagement angeht, ist das kein einfaches Feld. Man hat sich auf den Weg gemacht und es ist – glaube ich – sehr wichtig, dass die Kräfte, die das in der Kirche an verschiedenen Stellen voranbringen, gestärkt werden. Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt es auch im kirchlichen Kontext Bereiche des „Silo-Denkens“ und der Zersplitterung. Das müssen wir zusammenbringen, und dann kann man das, was an Substanz und an Botschaft vor allen Dingen auch durch die Enzyklika „Laudato si“ gegeben ist, noch glaubwürdiger in die Gesellschaft tragen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich schon auf Ihre Rückfragen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ein herzliches Dankeschön. Es war sicherlich eine Herausforderung, die umfangreiche Studie in eine kurze prägnante Präsentation zu fassen. Es sind jetzt zahlreiche Aspekte angesprochen worden, und ich bin sicher, da werden wir einige Vertiefungen haben. Der Blick in die Runde hat jetzt zwei Wortmeldungen ergeben, nämlich Herrn Wagner und Herrn Dr. Stefinger. Verabredungsgemäß haben wir einen Zeitrahmen für Frage und Antwort von fünf Minuten. Da müssen wir noch mal gucken, dass wir die Uhr für die Redezeit nutzen können. Lassen Sie uns mit Herrn Wagner beginnen. Bitteschön.

Abg. Johannes Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Prof. Wallacher, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich darf zugeben, ich war zu Beginn etwas skeptisch, was uns jetzt hier erwartet. Aber nach dem, was Sie hier vorgestellt haben, bin ich wirklich absolut begeistert. Ich glaube, das war in seiner Umfänglichkeit für mich persönlich einer der besten Inputs, die wir bisher im PBnE hatten.

Ich finde es wirklich toll, dass Sie bewusst auch den Begriff „Suffizienz“ erwähnt haben. Suffizienz ist eine Idee, die hier im politischen Raum oft nicht sehr gut ankommt, weil sie gemeinhin doch mit „Verzicht“ assoziiert wird und Politikerinnen und Politiker oft Angst haben, so ein Wort in den Mund zu nehmen, weil es in der Bevölkerung nicht gut ankommt. Ich sehe es wie Sie. Es ist kein „Verzicht“, sondern „Genügsamkeit“ und auch ein Gewinn in manchen Bereichen. Wenn wir uns unseren Alltag ansehen, die Geschwindigkeit des Alltages, aber

auch die Folgen unseres Wirtschaftssystems mit einer verschmutzten Luft und verschmutztem Trinkwasser, und uns eine Klimakrise erwartet, dann ist das – glaube ich – genau der richtige Weg. Deswegen habe ich gar keine inhaltliche Nachfrage, sondern frage Sie aufgrund Ihrer Erfahrungen in diesem Feld und der tiefen Auseinandersetzung mit diesen Themen: Wie kriegen wir das jetzt umgesetzt? Wo glauben Sie, sind die Hindernisse? Wenn wir Ihr Konzept wirklich umsetzen und nach diesen Prinzipien handeln würden, hätten wir schon deutlich weniger Probleme. Meine Frage, auch als ein neuer, junger Abgeordneter: Wo hakt es aus Ihrer Perspektive, wenn Sie direkt von außen auf das System draufschauen, auch auf das politische System, und wie kriegen wir solche Leitprinzipien endlich auch in unserer Politik umgesetzt? Das fände ich sehr spannend. Vielen Dank.

Sachverständiger Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher (Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Vielen Dank. Ich schaue noch einmal auf die letzte Folie. Also im Grunde ist das ja das Portfolio. Ich kann Ihnen aber kein Patentrezept geben. Ich beneide keinen von Ihnen, der politische Verantwortung trägt, um in dieser schwierigen Zeit wirklich die Dinge politisch umzusetzen. Es ist aber wirklich wichtig, dass man zunächst einmal mit politischem Mut für diese Transformation wirbt und für deren Notwendigkeit. Wir müssen herauskommen aus den verschiedenen „Fallen“ dass, wer beispielsweise für „Transformation“ ist, angeblich die Industrialisierung unserer Gesellschaft aufs Spiel setzt usw. usf.. Wir müssen diese Perspektive viel ganzheitlicher annehmen. Es gibt dabei vier Komplexe bzw. Ordnungsrahmen. Ich habe dabei ein paar konkrete Dinge benannt. Die Verursacherberechtigung und die Bepreisung ist sozusagen die „Conditio sine qua non“. Es ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende, Bedingung dafür, dass die Transformation gelingen kann. Hier müssen wir rangehen. Ich nehme noch einmal die „Low hanging Fruits“ der Streichung umweltschädlicher Subventionen hinzu. Das ist übrigens auch im Feld des Artenschutzes eines der großen Felder. Wir würden dadurch im Grunde die ökologischen



Ziele voranbringen und hätten Finanzmittel frei, die wir für Investitionen in Zukunftstechnologien und Dienstleistungen auch brauchen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt, der geht dann auf die weiteren Ebenen. Ich glaube, es geht noch einmal um politischen Mut, klare Transparenz und Kommunikation in diesem Bereich. Es geht auch um „Partizipation“. Eine Frage bezieht sich hier auch auf die Bürgerräte und verschiedene andere Gremien. Es geht um die Idee der Bürgerräte, dieses Pilotprojekt, das Bundespräsident Köhler durchaus mit positiven Erfahrungen vorangebracht hat, und darum, zunächst einmal zu sagen, das sind Räte, wo Menschen des gesellschaftlichen Querschnitts zusammenkommen, um auszuloten, was es an Veränderungsbereitschaft gibt. Wenn Menschen in den Dialog kommen, und das waren die Erfahrungen aus dem ersten Bürgerrat, dann sind sie durchaus am Ende, obwohl sie anfangs alle sehr skeptisch waren, bereit, Dinge mitzutragen, wie wir sie bisher nicht für möglich gehalten haben. Das ist – glaube ich – ein ganz wichtiger Punkt.

Abg. Johannes Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, die Menschen sind letztendlich sehr viel weiter. Wissen ist ganz viel vorhanden, auch Zustimmung zu Klimaschutzmaßnahmen. Ich werde mich auf jeden Fall in den zukünftigen Reden von mir, aber auch meiner politischen Arbeit, auf Sie und Ihre Studie beziehen und auch in den Argumenten, in den Kontroversen, die wir hier im Bundestag haben, auch dann diese Argumente nutzen, die Sie vorgetragen haben und bin gespannt, was politische Kolleginnen und Kollegen aus anderen Parteien dazu sagen. Ich finde, das sind ganz überzeugende Argumente. Im Diskurs kommen sie noch nicht richtig an. Ich bin auch für Bürgerräte. Wir haben aber leider keine Zeit mehr. Wir müssen auch immer das Thema der Geschwindigkeit mitdenken. Vielen Dank.

Sachverständiger Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher (Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Darf ich noch ganz kurz antworten, weil ich laut Redezeituhr noch 28 Sekunden habe? Bürgerräte sind gut, aber nicht allein. Wir brauchen auch

Expertenräte, wir brauchen Fachgremien, und wir brauchen diese Selbstbindungsmechanismen. Es ist mir noch mal wichtig zu sagen, dass Bürgerräte ein Element in diesem Zahnrad sind. Wenn ich einfach noch mal dieses Instrument einer Europäischen Klimazentralbank als eine Idee erwähnen darf. Oder als weiteres Beispiel will ich die britische Regierung mit ihrer Climate Change Commission nennen, die deutlich weitreichendere Kompetenzen hat, als bei uns der Klimabeirat der Bundesregierung, der einen rein empfehlenden Charakter hat. Wir brauchen auch solche neuen Elemente, die unsere Demokratie voranbringen, die sie agiler macht und die einen stärker verlässlichen Charakter in politische Langfristentscheidungen bringen kann.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank erst mal. Ich will ganz kurz sagen, wen ich auf der Redeliste habe, damit ich niemanden übersehe: Herrn Dr. Stefinger, Herrn Blankenburg, Frau Rudolph und Herrn Rixinger. Gibt es noch jemanden? Herr Teutrine kommt jetzt auch noch dazu. Wenn während der Antwortphase unseres Sachverständigen noch eine Zwischenfrage nachgeschoben wird, bitte ich Sie um eine Wortmeldung. Dann können wir hier eine geordnete Kommunikation aufrechterhalten. Ich werde auch darauf achten. Herr Dr. Stefinger. Bitte schön.

Abg. Dr. Wolfgang Stefinger (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Prof. Wallacher, herzlich willkommen auch aus München. Schön, dass Sie da sind. Eine Vorbemerkung zum Thema „Bürgerräte“. Ich finde die Diskussion immer sehr spannend und darf auch mal anraten, sich ein wenig in der Geschichte damit zu beschäftigen. Bayern hatte den Bayrischen Senat, der per Volksbegehren abgeschafft wurde, der im Endeffekt alle gesellschaftlichen Gruppen zusammengeführt hat und auch in der Gesetzgebung durch die Gewerkschaften, dem Handwerk, den Kirchen und den Umweltverbänden vertreten und damit in den Gesetzgebungsprozess mit eingebunden war. Dieser wurde per Volksbegehren abgeschafft. Jetzt diskutiert man gerade wieder über die Einführung weiterer Elemente. Das finde ich hoch spannend. Aber vielleicht gibt es ja auch manchmal neue Dinge, die man schon mal hatte und die abgeschafft wurden? Dies als kleine



Vorbemerkung.

Prof. Wallacher, Sie sind ja Ökonom und Philosoph. Ich bin u. a. sehr stark in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert. Daher würde mich vor allem auch Ihre Einschätzung interessieren. Wir haben ja gerade in Europa auch die Debatte über ein europäisches Lieferkettengesetz. Wir haben in der letzten Wahlperiode ein Lieferkettengesetz im Bundestag beschlossen. Ich sage auch gleich dazu, dass ich ein großer Befürworter von dem Gesetz bin. Aber es wird auch immer wieder der Vorwurf laut, es könnten sich ja Unternehmen, insbesondere aus Deutschland oder auch aus Europa, aus Entwicklungsländern zurückziehen. Dann stünde es für die Fairness schlecht. Dieser Vorwurf kommt ja häufig. Die Lücken bzw. die Unternehmen, die wir zurücklassen würden, würden relativ schnell von China und Russland gefüllt. Da hätten wir dann relativ wenig Einfluss. Daher ist es eine Frage von „Wunsch und Wirklichkeit“ und ob man da – trotz einer gut gemeinten Absicht – wirklich den großen Nutzen erzielt. Diese Frage stellt sich ja auch durchaus. Am Ende ist es auch eine philosophische Frage. In dem Zusammenhang würde mich auch Ihre Einschätzung interessieren. Gerade auch wenn jetzt im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine die Welt wirtschaftlich ein Stück weit neu aufgeteilt bzw. die Beziehungen neu geordnet werden. Wie beurteilen Sie denn diese Situation auch gerade im Hinblick auf Ihren Vortrag oder auf unser Thema „Nachhaltigkeit“? Es ist ja doch zu erkennen, dass vielleicht manche Länder es mit unseren hehren Zielen gar nicht so genau nehmen.

Sachverständiger Prof. Dr. Dr.

Johannes Wallacher (Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Danke. Das ist ein weites Feld, das Sie aufgemacht haben. Ich versuche mal, ein paar „Schneisen“ zu schlagen. Ich glaube, im Hinblick auf unsere Thematik scheint mir eine Sache absolut zentral zu sein. Das meine ich insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungszusammenarbeit und auch bezüglich des Einflusses auf die multilateralen Institutionen. Es wäre wichtig, jetzt wirklich großzügige Angebote in Bezug auf technologische und auch finanzielle Unterstützung an den

afrikanischen Kontinent zu machen, um die erneuerbaren Energien in den Regionen, wo sie sich absolut anbieten, in die Breite zu bringen. Das ist – glaube ich – die ganz große Sache. China ist beispielsweise wieder zurück beim Bau neuer Kohlekraftwerke und bietet hier auch Unterstützung in den afrikanischen Ländern an. Ich glaube, es ist jetzt ganz wichtig, mit den afrikanischen Partnern – soweit es geht – wirklich faire und unterstützende Angebote auf Augenhöhe zu machen, weil sie natürlich in der Geschichte erlebt haben, ich sage jetzt mal mit Blick auf Europa, dass es mit den vermeintlich hehren Werten in der Wirklichkeit nicht immer so ausgesehen hat, dass dies auf Augenhöhe geschehen ist. An dieser Stelle ist es ganz wichtig, hier voranzukommen. Dies zum unternehmerischen Engagement für Afrika.

Nun zum Lieferkettengesetz, wo man feststellt, dass Feinjustierungen notwendig sind. Möglicherweise bestand eine gute Intension, an der man festhalten und dabei noch einmal anschauen sollte, wo es Überreglementierungen gibt. Wo können wir wirklich die Dinge so handhabbar machen, dass in der Lieferkette die Verantwortung nicht diffundiert und das dann auch bespricht? Da würde ich sagen, hilft das Subsidiaritätsprinzip, noch einmal zu schauen, wie wir die Dinge so strukturieren können, dass hier Verantwortung nicht diffundiert, sondern an den verschiedenen Stellen wahrgenommen wird. Wir sehen jetzt natürlich, wie Sie es auch sagen, dass die Welt neu verteilt wird und überall ist ein „Run“ auf die neuen Rohstoffe festzustellen. Wir müssen dabei aufpassen, dass es hier nicht zu neokolonialen Aspekten kommt und zwar in ganz verschiedenen Regionen. Man muss jetzt mit den Partnerländern auf Augenhöhe in einer fairen Weise umgehen. Ich glaube, dass durch die Konkurrenz aus China und anderen Regionen auf dem afrikanischen Kontinent, deren Selbstbewusstsein steigt.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Damit würde ich gerne zur nächsten Frage übergehen, denn wir sind schon deutlich über der Zeit. Aber ich setze Sie noch mal auf die Redeliste und dann ist das problemlos möglich. Herr Blankenburg, bitte.

Abg. Jakob Blankenburg (SPD): Vielen Dank. Herr Prof. Wallacher, ich kann dem Kollegen Wagner



zustimmen. Auch ich war anfangs ein bisschen skeptisch. Aber meine Begeisterung wuchs von Folie zu Folie, um das mal so zu sagen. Ich stimme Ihnen in vielen Punkten zu, insbesondere auch, was das Vorgehen angeht und um sich erst mal darum zu kümmern, was am schnellsten zu erreichen ist. Das ist ja auch im Veränderungsmanagement ein ganz normaler Prozess, aber in der Politik meistens nicht ganz so verbreitet.

Ein anderer Punkt, den ich aber auch total spannend finde, den haben Sie in der Grundstruktur als vierten Punkt aufgemacht, nämlich den Beitrag, den die Kirche als wichtiger gesellschaftlicher Akteur leisten kann. Auch wenn ich selber ein anderes Verhältnis dazu habe, ist es nun mal gesellschaftliche Realität, dass die Kirche ein Akteur ist, der in vielen Bereichen mit einer hoher Glaubwürdigkeit der Gesellschaft versehen ist, der für Viele auch immer noch ein Anziehungspunkt ist und der vor allen Dingen auch als neutraler Akteur wahrgenommen wird. Daher würde mich interessieren, inwiefern kann Kirche denn da auch eine vermittelnde Rolle einnehmen, um diese Konflikte, die ja auch in Ihrem Vortrag benannt wurden, dann tatsächlich auch zu lösen? Vor allen Dingen würde mich jetzt auch mal interessieren, nachdem Sie diese Punkte beschrieben und die Studie mit dieser Arbeitsgruppe der Bischofskonferenz erstellt haben, wie geht es denn jetzt eigentlich weiter? Wie nimmt Kirche dann jetzt auf Basis der Punkte, die Sie genannt haben, auch ihre Rolle wahr?

Sachverständiger Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher (Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Vielen Dank zu diesem Punkt. Ich fange vielleicht mit dem letzten an. Ich habe es ja gesagt, es ist eingebettet in einen Prozess, der im Jahr 2018 begonnen hat und der die nächsten zwei, drei Jahre weiter läuft. Wir haben versucht, noch einmal die Themen „Umwelt und Entwicklung“ durch die Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ zu behandeln. Übrigens ein sehr breit besetztes Gremium mit Ökonomen wie Gabriel Felbermayr, Theologen, Politikwissenschaftlern. Das geht wirklich in der Breite. Ich glaube, das ist eine Übung in Konsens

und in interdisziplinären Aspekten. Wir werden nach dieser Studie mit einer Folgestudie weitermachen, wo wir das Thema „Ressourcenkonflikte im Boden“ im Hinblick auf die Ernährungsfrage weiter thematisieren werden. Gleichzeitig haben wir bei der Deutschen Kommission „Justitia et Pax“, deren Geschäftsführer hier auch anwesend ist, eine Resonanzgruppe gebildet, wo das Bischöfliche Hilfswerk Misereor e. V. in der Leitung sehr engagiert ist und in der wir ein breites Spektrum von gesellschaftlichen Gruppen, kirchliche Verbände, aber auch Vertreter des BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.), der Zivilgesellschaft, der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Gewerkschaften, vertreten haben, wo wir an verschiedenen Stellen dieser Studie jetzt schon in den gesellschaftlichen Diskurs gehen. Resonanzgruppe, um auf diesen Impuls entsprechend Resonanz zu erhalten, den wir mit dieser Studie setzen wollen. Ich bin positiv überrascht, dass nicht nur der PBnE, sondern auch Wirtschaftsverbände dieses Thema aufgreifen, dass das in Akademien behandelt wird und dass ein Bewusstsein wächst, auch bei kirchlichen Entscheidungsträgern, dass man im eigenen Bereich etwas machen muss.

Ich will nur kurz auf das Thema „Flächenmanagement“ eingehen, weil das auch in den Fragen genannt wurde. Die Kirchen sind einer der größten Eigner von Flächen. Das ist jetzt keine Entschuldigung, aber es besteht die Schwierigkeit, dies genau zu beschreiben. Die Flächen sind fast alle in eigenen Stiftungen organisiert. Das heißt, an dieser Stelle von einem „Akteur Kirche“ zu sprechen, wird der Komplexität nicht gerecht. Man kann in diesem Bereich nur mit klaren Vorgaben und Anreizmechanismen das Thema in die eigene Umsetzung bringen. Dieser Prozess ist mit dieser Studie angestoßen und mit anderen Aktivitäten, sodass es jetzt einen Prozess gibt, der innerkirchlich auf dem Weg ist, der aber auch versucht, diese Themen als Diskursangebot in die breite Gesellschaft zu bringen. Deswegen haben wir diese Kombination von Sachverständigengruppe und Resonanzgruppe, die das sozusagen als Multi Stakeholder Prozess wahrnimmt. Wir wollen dies in der neuen Studie nicht nur als Einbahnstraße verstehen, sondern versuchen, auch die Expertise, die in dieser Gruppe besteht, für die Weiterentwicklung der



Studie ins Gespräch zu bringen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):

Dankeschön. Dann habe ich jetzt Frau Rudolph, Herrn Rixinger, Herrn Teutrine und Herrn Dr. Stefinger. Bitteschön, Frau Rudolph.

Abg. Tina Rudolph (SPD): Vielen Dank, Herr Professor Wallacher. Ich finde auch, dass wir sehr viele spannende Ansätze in Ihrem Papier finden können. Ich wollte auch etwas zu Bürgerinnen-/Bürgerräten fragen. Das ist hier jetzt schon ausreichend thematisiert worden. An dieser Stelle daher nur das kurze Statement, dass ich mich freue, dass das Thema hier im Saal offensichtlich geteilt wird. Es ist ein interessanter Ansatz, den wir weiter verfolgen sollten und der auch im Koalitionsvertrag steht.

Ich habe jetzt tatsächlich eine etwas kritischere Frage. Es geht um den letzten Punkt, nämlich den der kulturellen Dimension und der verantwortungsvollen Bevölkerungspolitik. Ich meine dabei tatsächlich ausdrücklich nicht Sie persönlich. Ich weiß, dass es auch in der katholischen Kirche eine breite Diskussion gibt. Aber wenn man sich die Außenkommunikation anguckt, dann ist es erst wenige Jahre her, dass ein Papst in Afrika und auch auf dem südamerikanischen Kontinent explizit den Gebrauch von Verhütungsmitteln in Frage gestellt bzw. davon abgeraten hat. Ich frage mich schon, wie verantwortungsvolle Bevölkerungspolitik in dieser Dimension zusammengehen kann mit sexuellen und reproduktiven Rechten, mit Gleichstellung oder ob Sie das jetzt als katholische Kirche als „feministische Außenpolitik“ promoten. So weit will ich ja gar nicht gehen. Aber ich glaube, Sie können ein bisschen erraten, worauf ich mit dem Punkt eigentlich hinaus möchte. Die Frage ist, was bedeutet verantwortungsvolle Bevölkerungspolitik? Wenn es eine Abkehr von der bisherigen Strategie bedeutet, was ich gerne annehme, wie gehen Sie kommunikativ damit um? Gerade, wenn man sich als Multiplikator und gesellschaftlicher Akteur versteht, würde dies für mich bedeuten, dass dann auch entsprechend einzuordnen, wie es in den letzten Jahren kommuniziert wurde. Danke.

Sachverständiger Prof. Dr. Dr.
Johannes Wallacher (Vorsitzender der

Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Danke. Ich gehe damit ganz transparent um und bin auch froh, dass der damalige Vorsitzende der Kommission Weltkirche, Bischof Schick, als wir das hier in Berlin vorgestellt haben, dabei weitestgehend mitgegangen ist. Wir sind als Sachverständigengruppe aus der Bischofskonferenz in diesem Thema – glaube ich – relativ weit gegangen. Ich weiß nicht, ob Sie die entsprechenden Stellen gelesen haben. Ich sage es Ihnen einfach mal: Unter Punkt 5.1. Die Kirche setzt sich mit der Frage der Ambivalenz kirchlichen Verhaltens auch in diesem Thema auseinander. Das ist uns auch noch mal wichtig. Wir sehen natürlich, dass die Kirche als eine Organisation, und, das muss man auch noch mal sehen, vom Potenzial her als globaler Akteur, der gleichzeitig rückgebunden ist in kulturelle Kontexte weltweit, natürlich ein unglaubliches Potenzial hat, das Thema „Verantwortliche Bevölkerungspolitik“ voranzubringen. Wenn Sie diese Formulierung hier auf Seite 65 unten nehmen, dann appellieren wir stark an die Verantwortung und die Orientierung für eine verantwortliche Bevölkerungspolitik. Der Schutz des Lebens, die Ablehnung staatlicher Zwangsmaßnahmen und die reproduktive Selbstbestimmung von Familien sind dabei zentrale Maßstäbe als Orientierung. Ganz klar ist auch hier, den empirischen Zusammenhang habe ich bereits ausgeführt: es geht um reproduktive Selbstbestimmung, die natürlich in Balance zu bringen ist. Für diese Werte stehen die Kirchen. Auch für den Schutz des Lebens, bei dem man dann irgendwie zu unterschiedlichen Abwägungen kommen kann. Aber das ist ein wichtiger Punkt, dass der Zugang auch zu Verhütungsmitteln hier als zentrales Element in der Ertüchtigung von Frauen und um zu einer selbstbestimmten Entscheidung zu kommen, formuliert wird. Das ist an der kirchlichen Basis in vielen Teilen natürlich auch schon weit verbreitete Praxis. Wir haben nicht den Anspruch, dies in der theologischen Debatte hier ein für alle Mal zu ändern. Aber ich kann Ihnen sagen, das ist ein Thema, das mich aus tiefster Überzeugung bewegt. Ich glaube, es gibt da auch viele kirchliche Entscheidungsträger in Deutschland, die das so sehen, dass das im Hinblick auf unsere Thematik für den afrikanischen Kontinent eine



ganz zentrale Voraussetzung sein wird. Es gibt dafür nur einen Schlüssel, das ist die Ermächtigung und die Befähigung von Frauen, durch mehr Bildung, durch mehr berufliche Chancen und durch entsprechenden Zugang auch zu Verhütungsmitteln, hier etwas verantwortlich beizutragen. Ich glaube, das ist etwas, wofür wir als Sachverständigengruppe nach innen wie nach außen in der Gesellschaft werben.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):
Dankeschön. Dann Herr Rixinger bitte.

Abg. Bernd Rixinger (DIE LINKE.): Ich habe eigentlich drei Fragen. Ich muss mich leider ein bisschen kurz fassen. Vielen Dank auch für den Vortrag.

Meine erste Frage: Welchen Einfluss hat die Kirche eigentlich auf die christlichen oder sich christlich nennenden Parteien, um auch nur annähernd dieses Konzept in der Politik umzusetzen? Das wäre ja interessant, weil ich hier ja eher das Gegenteil erlebe.

Die zweite Frage ist: Die ganze Ökologie- bzw. Nachhaltigkeitsfrage ist ja auch wirklich eine Frage der Verteilung von Einkommen und Vermögen. Also, wir wissen alle, das reichste eine Prozent der Bevölkerung ist für 15 Prozent und mehr der weltweiten Emissionen verantwortlich, während die untere Hälfte der Bevölkerung nicht mal so viel verursacht wie die zehn Prozent der reichsten Bevölkerung. Die Ärmsten tragen praktisch die Folgen. Wir haben einen vielfältigen Verteilungskonflikt zwischen den Ländern des globalen Südens und des Nordens, aber auch innerhalb der Länder zwischen den Klassen. Da habe ich jetzt wenig gehört, wie sich die Kirche dazu positioniert. Dabei geht es ja dann wirklich zur Sache. Ich glaube nicht, dass durch eine Kulturänderung die Reichen ihre Vermögen abgeben.

Zu meinem dritten Punkt: Sie haben Wohlstand von Ressourcenverbrauch getrennt. Sie haben aber nichts zum Wachstum gesagt. Wachstum ist ja praktisch eine wesentliche Triebkraft kapitalistischer Marktwirtschaften. Der Papst ist ja an vielen Punkten ziemlich kapitalismuskritisch aufgetreten. Das würde mich aber trotzdem interessieren, weil der Kapitalismus seine inneren Widersprüche durch Wachstum löst, aber Wachstum in der heutigen Form das größte

Problem für die Nachhaltigkeit ist.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Herr Prof. Wallacher, antworten Sie gerne direkt.

Sachverständiger Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher (Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Danke. Ich fange wieder mit dem letzten Punkt an. Ich hatte es ja am Anfang bereits gesagt. Die Sachverständigengruppe sieht das Thema dezidiert anders. Ich habe ja auch auf die vorherige Studie hingewiesen. Ich hatte bei meinen Ausführungen in Bezug auf die Weiterentwicklung mit dem Konzept einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft als wertebasiertes Modernisierungskonzept begonnen. Mit sehr klaren ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, bei denen ich beispielsweise bei bestimmten Parteien, durchaus auch von deren Tradition her, eine Zustimmung erfahre. Ich glaube, dass muss ich jetzt an dieser Stelle noch mal sehr deutlich formulieren. Wenn ich natürlich mit einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik argumentiere, dann bin ich sofort an dem Punkt, dass Wachstum die Ursache allen Übels ist. Ich glaube aber, wenn wir einen entsprechenden Ordnungsrahmen haben, der dem Verursacherprinzip konsequent Rechnung trägt, was schwierig genug umzusetzen ist, dass es dann eine zentrale und nicht die alleinige Maßnahme ist, um die Externalisierung zu beenden und damit „Knappheit“ dorthin zu bringen, wo sie für eine Zukunftsorientierung und Nachhaltigkeit eine Rolle spielt.

Noch einmal zum Stichwort „Kreislaufwirtschaft“: Sie werden dieses Konzept nicht umsetzen können, wenn Sie nicht die entsprechenden wirtschaftlichen Anreize setzen, um Ressourcen mehrfach wieder zu verwenden. Sie brauchen dafür daher einen Anreizmechanismus. Dieser muss durch ein wertebasiertes Konzept in diese Richtung gelenkt werden. Das ist ein erster wichtiger Punkt.

Wir brauchen im Grunde genommen in verschiedenen anderen Bereichen natürlich auch Wachstum, beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energie und im Bereich entsprechender Technologien. Wir haben das in der letzten Studie erklärt, dass es dabei falsch ist zu sagen, man müsse sich für „Wachstum“ oder



„Nichtwachstum“ entscheiden, sondern wir müssen die richtige Entscheidung treffen, damit wir die Externalisierung durch entsprechende Rahmenbedingungen beenden. Das ist auch aus sozialen Gründen die entscheidende Stellschraube, bei dem Problem, das Sie zu Recht identifiziert haben, dass die ökologischen Fußabdrücke in der Vermögensverteilung enorm ungleich verteilt sind. Wenn das mit entsprechenden Preisen belegt ist, wird das zu Veränderungen und zu einem Verteilungsmechanismus führen, der Mittel freisetzt, um dann soziale Ausgleichsmaßnahmen zu flankieren, auch im Hinblick auf eine finanzielle Nachhaltigkeit, um zukünftige Generationen finanziell nicht vor ein Desaster zu stellen. Das ist aus meiner Sicht die entscheidende Stellschraube. Da würde ich schon sagen, dass das vom Volumen her und von der Umverteilungswirkung ein viel gewaltigeres Instrument wäre, als eine Vermögensbesteuerung. Man kann darüber natürlich diskutieren. Aber ich glaube, dass die verursachergerechte Bepreisung in dieser Hinsicht viel wirksamer wäre. Das ist dann keine Abkehr von der Marktwirtschaft, sondern eine Lenkung bestimmter marktwirtschaftlicher Systeme in die Richtung, die wir als Gesellschaft definieren, also in Bezug auf die Themen „Gemeinwohl“, „Zukunftsorientierung“, „sozialer Ausgleich“.

Abg. Bernd Rixinger (DIE LINKE.): Das ist doch nicht sozial.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):

Dankeschön. Herr Rixinger, ich schlage vor, dass ich Sie einfach noch mal auf die Redeliste nehme. Das ist gar kein Problem. Das habe ich mit Herrn Dr. Stefinger auch gemacht, nämlich nachdem Herrn Teutrine gesprochen hat. Bitte schön.

Abg. Jens Teutrine (FDP): Vielen Dank für die Ausführungen. Jetzt bin ich auch begeistert, nachdem Sie sich so leidenschaftlich für die Internalisierung externer Faktoren eingesetzt haben und dort auch das Verursacherprinzip im Zusammenhang mit dem marktwirtschaftlichen Prinzip des Ordnungsrahmens hervorgehoben haben und welche Potenziale da liegen und wieviel Handlungsbedarf da noch besteht, um das konsequent umzusetzen. Davon sind wir ja sehr weit entfernt. Ich möchte mal eine ganz andere Frage stellen, die sogar ein bisschen damit

verbunden ist.

Meine erste Frage: An welchen Stellen bei den ganzen Punkten, die Sie uns vorgestellt haben, bei denen Sie gesagt haben, das müssten wir machen, das brauchen wir unbedingt, um das Gelingen der sozialökologischen Transformation sicher zu stellen, sind die Grenzen der politischen Steuerung gesetzt? Jedes Mal wenn Fragen zur Kirche kommen, dann sind die Antworten: „Es ist komplexer. Das ist gar nicht so einfach. Es gibt irgendwelche Stiftungen. Wir haben dabei auch andere Vorstellungen, wenn es um Fragen der Verhütung oder Ähnlichem geht.“ Dann prallt die Utopie bzw. der Kompass auf die Realität. Da merkt man, dass Grenzen der Steuerung gesetzt sind. Eine Antwort kann sein, dass man mehr Mut braucht. Vielleicht braucht die Kirche mehr Mut? Jede dieser Parteien hier im Raum sagt, „Ja, ich habe politischen Mut.“ Gleichzeitig stellen sich alle etwas anderes darunter vor. Vielleicht ist es dann gar nicht die Antwort, auf die Frage, was politischer Mut ist. Daher meine Frage: Wo sind die Grenzen gesetzt, also ist sozusagen „Ende“? Vielleicht noch etwas überspitzter bezüglich der Studie formuliert: Was wissen wir jetzt schon, was mit der Realität nicht zusammenzufügen ist? Müssen wir da vielleicht einige Punkte an die Realität anpassen? Deswegen bin ich ein großer Fan des Ordnungsrahmens, weil es in der Realität einfacher ist, den Rahmen zu setzen als die Detailsteuerung vorzunehmen.

Sachverständiger **Prof. Dr. Dr.**

Johannes Wallacher Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Danke. Mit dem Ordnungsrahmen habe ich meinen Vortrag begonnen. Eine Sache ist mir wichtig, und das darf ich vielleicht mal zurück spielen. Ich warne davor, dass sich alle das herauspicken, was irgendwie passt. Ich würde Sie ermutigen, das Gesamtableau in den Blick zu nehmen. Der Ordnungsrahmen ist in diesem Zusammenhang für mich die „Conditio sine qua non“, also „Notwendig, aber nicht hinreichend“. Ich würde an dieser Stelle noch mal fragen: Warum ist diese Dialektik zwischen Effizienz und Suffizienz so wichtig? Das ist für mich noch mal ein wichtiger Punkt und zwar aus zwei Dingen. Das eine ist: Selbst wenn wir den Ordnungsrahmen umsetzen, dann wird es



erhebliche „Stranded Assets“ geben für die, die verdammt viel zu verlieren haben und die momentan die mächtigsten sind, um ihre Interessen zu verteidigen. Deswegen ist es – glaube ich – wichtig, sehr deutlich zu formulieren, dass wir gerade von diesen Bevölkerungsgruppen, die sehr viel zu verlieren haben und dann aber immer noch sehr viel haben, im Grunde einen Beitrag im Hinblick auf die Ebene der Suffizienz einzufordern. Wir brauchen an diesem Punkt diese Dialektik, um zu sagen, dass wir gesellschaftliche Leitbilder brauchen, die diese Transformationen vorbereiten, begleiten und ergänzen.

An dieser Stelle noch mal die beiden Argumente, die wir formuliert haben: Erstens wissen wir nicht, ob wir auch mit einem anderen Ordnungsrahmen und mit technologischen Innovationen weltweit im Hinblick auf all diese Ziele unter Beachtung der planetaren Grenzen gut leben können und ob das allein technologisch erreichbar sein wird. Technologie kann ganz viel, aber nicht alles. Im Hinblick auf die Fragen, und wir haben das ja durchaus thematisiert, „Hochmotorisierung“, Stichwort „Mobilitätswende“, brauchen wir gesellschaftliche Abwägungsprozesse, wo der Ordnungsrahmen noch greift und wo der Ordnungsrahmen dann vielleicht auch noch mal eine Grenze hat.

Nur mal als ein Punkt das Stichwort „Innerstädtischer Verkehr“. Dort ist die Begrenzung noch einmal fokussiert auf einen bestimmten Punkt. Jetzt kann man vorschlagen, wir machen das wie in London und Stockholm im Rahmen des Ordnungsrahmens „City-Maut“. Große Teile der Bevölkerung hält dies dann aber immer noch nicht davon ab, in die Städte zu fahren. Wir brauchen möglicherweise dann auch einen gesellschaftlichen Diskurs darüber, dass wir eine Verknappung von Parkraum brauchen, um das Problem irgendwie hinzubekommen. Es ist ja interessant, dass ausgerechnet der Vorstandsvorsitzende des Autoherstellers *BMW* für die autofreien Innenstädte plädiert und im Grunde auch hier ähnlich argumentiert, weil er genau an diesem Punkt auch sieht, welche Bedeutung das hat. Das heißt, wir müssen uns in dieser Dialektik zwischen Effizienz und Suffizienz auch immer die Zumutungen gesellschaftlich

bestätigen lassen und uns fragen, „Wo dann Freiheitsbeschränkungen in der Abwägung so erträglich sind, wenn ich das einfach auch noch mal so formuliere, dass ich die Freiheitsrechte anderer nicht noch weiter beschränke?“ Da brauchen wir eine Abwägung. Ohne eine Suffizienz-Strategie werden wir die politischen Mehrheiten in demokratischen Prozessen für die notwendigen Veränderungsprozesse nicht hinbekommen. Deswegen brauchen wir die Veränderungen auf beiden Ebenen. Das wäre mir ganz wichtig.

Zu Ihrer Frage nach den „Grenzen der Steuerung“. Ja, es braucht deutlich weniger Steuerung, aber mächtigere Steuerungen an den zentralen Stellhebeln. Da würde ich sagen, wenn wir zu einer wirklich verursachergerechten Bepreisung unter Streichung umweltschädlicher Subventionen kommen, und dazu gehören dann, wenn ich das sagen darf, leider auch die Pendlerpauschale als sozial sehr unausgewogenes Subventionselement in diesem Punkt; wenn man das so adressiert, dann – glaube ich – bekommen wir einen Konsens, bei dem wir auch ein Stück weit weiterkommen. Deswegen warne ich davor, dass sich jeder aus diesem Punkt das herausholt, was gerade passt. Wir müssen es als Gesamtkonzept betrachten.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Ich würde mal behaupten, es wird immer spannender. Jetzt ist Herr Dr. Stefinger noch mal an der Reihe. Bitte schön.

Abg. Dr. Wolfgang Stefinger (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich möchte noch mal kurz an unser Thema von vorhin anknüpfen. Mir ist dabei auch noch mal eine Frage eingefallen. Gerade auch dann, wenn wir über das Thema „Rohstoffe“ sprechen. Da müssen wir ja vor allem auch in die Entwicklungsländer schauen, insbesondere auch auf den afrikanischen Kontinent. Vielleicht können Sie versuchen, das Thema ethisch mit einzuordnen. Ich weiß, das ist wahrscheinlich ein Thema, das mindestens eine eigene Vorlesung füllen würde. Es ist ja wirklich so, dass noch nie in der Geschichte der Erde die Erdkruste so stark zerstört wurde, wie aktuell durch den Abbau von Rohstoffen u. a. auch für die doch immer wieder sauber geglaubte Immobilität und viele andere Dinge, beispielsweise für all die Rohstoffe für die Batterieherstellung. Wann würden Sie denn jetzt



sagen, ist es ethisch vertretbar, ich sage es jetzt mal bewusst so drastisch, Rohstoffe aus der Erde auszubeuten, um andere Ziele zu verfolgen? Wo sehen Sie da die entsprechenden Grenzen? Das ist ja durchaus auch ein Thema. „Seltene Erden“ heißen ja so, weil sie eben selten sind. Wir werden diese auch nicht erneuern können, brauchen die aber gerade jetzt und bauen sie ja auch massiv ab. Von daher würde mich das schon mal interessieren, wie Sie das Thema „Ausbeutung von Bodenschätzen und die Zerstörung der Erdkruste“ hier mit einordnen, wo doch immer alle sagen, wir müssen alles umstellen und Immobilität wäre das Allheilmittel.

Sachverständiger Prof. Dr. Dr.

Johannes Wallacher (Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Danke. Ich komme noch mal an den Anfang zurück. Wir haben dies in der Studie ja ganz bewusst darauf ausgelegt. Ich habe die folgende Folie aufgrund der begrenzten Zeit nicht gezeigt. Die Mobilitätswende muss wesentlich mehr umfassen als eine Antriebswende. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die E-Mobilität kann uns in bestimmten Punkten weiterhelfen, aber nur, wenn sie unter einem Ordnungsrahmen erfolgt. Da weiß ich natürlich, dass das nicht trivial umzusetzen ist. Aber ich glaube, wir müssen die sozialen Kosten des Abbaus, das wäre der erste Punkt, die menschenunwürdigen Abbaubedingungen in vielen Ländern, stoppen. Momentan gibt es ja einen „Run“ auf die neu frei werdenden Dinge. Mir schaudert schon davor, wenn in der Arktis durch das Zurückgehen der Eisschicht neue Rohstoffe frei werden und in Folge dessen dort ein Wettlauf verschiedener Akteure stattfinden wird. Das heißt, wir brauchen an dieser Stelle erst mal wirklich internationale Abkommen über die Zugangsrechte. Wir brauchen ein klares Abkommen und auch ein Verständnis bei uns, auf Konsumentenseite, dass damit erhebliche soziale Kosten verbunden sind. Deswegen noch mal das Stichwort „Internalisierung“.

Das Gleiche gilt für die ökologischen Kosten, die dabei eine ganz große Rolle spielen. Das ist ja einer der größten Anreize u. a. auch für Korruption in diesen Ländern. Das muss man ja auch noch mal sagen. Wir brauchen Initiativen,

bei denen wir die Transparenz der Geldflüsse zwischen abbauenden Unternehmen und Regierungen abgleichen, da der Ressourcenabbau, das ist ja in der Konfliktforschung nachgewiesen, in vielen Bereichen einen deutlicher Anreiz für Korruption darstellt und diese Gelder dann auch oft zur Finanzierung von kriegerischen Auseinandersetzungen und anderen Dingen verwendet werden. Das heißt, bei diesen ganzen Stichworten „Transparenz, Zahlungsflüsse“, was Unternehmen ausgeben für Ressourcen und was in den staatlichen Haushalten verbucht wird, müssen auch Unternehmen in die Verantwortung genommen werden. Hier gibt es seit Langem entsprechende Versuche, mit Hilfe von Multi Stakeholdern, Nichtregierungsorganisationen und Organisationen der Vereinten Nationen unter dem Stichwort „Publish what you pay“. Möglicherweise wäre das ein wichtiger Bestandteil des Lieferkettengesetzes. Da wäre noch einmal vielleicht der Link zu der Frage „Grenzen der Steuerung“. Dabei ist es wichtig, nicht im Kleinen zu viele Details zu steuern, sondern die großen Linien sind wichtig, also der Versuch, die externen Kosten sozialer und ökologischer Art in den Griff zu bekommen und dabei die ganz große Transparenz der Mittelflüsse in diesem Bereich herzustellen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):

Dankeschön. Wir gehen über zu Herrn Rixinger.

Abg. Bernd Rixinger (DIE LINKE.): Ich würde mich mit Ihnen gerne noch ein bisschen über die systemische Frage der Externalisierung herumstreiten, weil das natürlich inhärent ist. Dadurch hat das Kapital immer Interesse, Kosten einzusparen. Das bringt mehr Profite, und damit werden die sozialen Kosten auf die Gesellschaft abgewälzt und die ökologischen auf die Natur. Das werden Sie aber nie im Leben durch eine Bepreisung in den Griff kriegen. Wenn Sie an alle Sachen ein Preisschild hängen, wird es nicht viel weniger Externalisierung geben. Natürlich haben große Konzerne jetzt die Möglichkeit, die Preise an die Bevölkerung weiterzugeben. Deswegen ist sie per se auch nicht sozial, sondern nur, wenn sie quasi die Einnahmen aus der Bepreisung dann dem ärmeren Teil der Bevölkerung wieder zurückgeben. Das ist dann tatsächlich die Frage einer Steuerart. Sie haben ja gesagt, dass eine Vermögenssteuer oder ähnliches da weniger



bringen würde. Außerdem brauchen Sie gigantische Investitionen sowohl in die Länder des globalen Südens als auch bei uns, um ein anderes Wohlstandsmodell hervorzubringen und um das Öffentliche zu fördern usw. Also da müssen Sie schon an diese Fragen ran, auch bezüglich der Verteilung. Was von der Fraktion der CDU/CSU gesagt wird, fand ich interessant. Ich meine, das ist ein Problem der Automobilisierung generell. Das löst man nicht durch die Elektroautos auf, aber auch nicht durch Dieselautos, sondern sie müssen den Ressourcenverbrauch zurückschrauben, indem sie weniger Autos zulassen und andere Mobilitätsformen real entwickeln. Die Konzepte sind ja da. Aber da kriegen sie einen richtigen Konflikt mit ihren christlichen Parteien und einen richtigen Konflikt mit den Autokonzernen. Also da würde mich schon mal interessieren, wie Sie damit umgehen.

Sachverständiger Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher (Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Ich will mich an dieser Stelle jetzt nicht in parteipolitische Dinge einmischen. Hinter der Automobilindustrie stehen nicht nur die Christdemokraten, wenn ich das jetzt mal sagen darf. Deswegen zwei Dinge. Sie haben völlig Recht, das habe ich vorhin gesagt: Natürlich müssen diese Einnahmen aus der Bepreisung dann durch entsprechende sozialpolitische Maßnahmen umgelenkt werden. Ich glaube, da sind wir uns völlig einig. Das ist ja das, was ich hier in der Folie als „Sozialen Ausgleich der Transformation“ bezeichnet habe. Es könnte durch die Auszahlung eines Bürgergeldes, aber auch durch Investitionen, durch Zuschüsse erfolgen. Wenn wir unsere Sozialversicherungen irgendwie fit machen wollen, dann sind das die entsprechenden Bereiche. Ein großer Fehler der ökologischen Steuerreform war, dass die Einnahmen einfach im Steuersäckel verschwanden und dann im allgemeinen Haushalt aufgingen. Ich glaube, für die Akzeptanz in der Bevölkerung ist es wichtig, dass wir auch hier die Transparenz der Geldflüsse sehr klar darstellen. Insoweit kommen wir hier näher zusammen.

Zur Externalisierung und wenn Sie an das System herangehen: Ich habe ja jetzt nur von der

negativen Externalisierung, also von den sozialen und ökologischen Kosten, gesprochen. Ich würde mal sagen: Es muss Wettbewerb und ein marktwirtschaftliches Verfahren unter den starken Voraussetzungen eines viel stärkeren Ordnungsrahmens geben, der diese Ordnungsdefizite, die wir momentan in verschiedener Hinsicht haben, überwindet. Dann glaube ich schon, dass ein marktwirtschaftliches Suchverfahren für Innovationen, ein wichtiges Element bleiben muss. Sie können mir aber gerne eine Alternative nennen. Letztendlich glaube ich, dass sich Nachhaltigkeit auf Dauer nicht gegen eine eingehetzte, „embedded“, also sozial und ökologisch eingebettete Marktwirtschaft erreichen lässt. An dieser Stelle bin ich dann doch zu sehr Ökonom. Wir müssen schauen, wie wir gemeinwohlorientiert herangehen. Ich sage Ihnen auch noch mal, dass das 21. Jahrhundert viel stärker eine Ökonomie der Gemeingüter sein wird. Wir müssen da irgendwie hinein, ohne dabei marktwirtschaftliche Mechanismen abzuschneiden. Damit wäre uns nicht viel geholfen. Wir hätten dann auch positive Externalisierungseffekte und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die dann hoffentlich zukunftsfähiger sind, wenn wir diese Ordnungsdefizite beseitigen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Nun haben wir Herrn Wagner.

Abg. Johannes Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wird es richtig spannend. Ich glaube, ich bin der letzte auf der Redeliste. Deswegen kann ich noch mal ein paar Dinge aufgreifen. Also erst mal bin ich dem Kollegen Rixinger dankbar, dass er noch mal diesen „Strohmann“ von Herrn Stefinger enttarnt hat. Alle würden jetzt auf Elektromobilität setzen, und das wäre sozusagen das Heil. Wir brauchen mehr als die Antriebswende. Wir brauchen eine Mobilitätswende. Wir brauchen viel weniger Autos. Die paar letzten Autos, die es noch gibt, die müssen irgendwie elektrisch fahren. Es gibt natürlich sehr ländliche Gebiete, auch in Bayern, und da werden wir nicht auf Busse setzen können, wahrscheinlich nur auf kleine Busse. Die müssen dann elektrisch fahren. Es spricht hierbei keiner davon, dass wir jetzt mehr Elektroautos brauchen, als wir jetzt schon insgesamt an Autos haben.



Das Zweite: Herr Rießinger, da habe ich einen Dissens mit Ihnen. Ich habe letztens ein Buch gelesen von Ulrike Herrmann, das heißt „Das Ende des Kapitalismus“. Vielleicht kennen Sie das auch, Herr Prof. Wallacher? Sie spricht dort von der englischen Kriegswirtschaft, die keine Verstaatlichung der Unternehmen beinhaltet, sondern einen klaren Ordnungsrahmen, eine Rationierung auch von Dingen. Wir erleben es ja ganz aktuell auch schon bei Wasser, dass in Frankreich und Italien rationiert werden muss. Das wird vielleicht auch in Deutschland passieren, wenn wir uns nicht ganz schnell irgendwie im Verhalten verändern, im Wasserkonsum aber auch generell in der Klimakrise. Das finde ich ganz spannend. Ich glaube auch nicht, dass wir alles verstaatlichen sollten. Ich glaube auch, dass die Marktwirtschaft dann funktioniert, wenn sie sich in einem Ordnungsrahmen bewegt, der berücksichtigt, was wir an Ressourcen zur Verfügung haben. Das ist ja nicht wenig, aber gerade überziehen wir diesen Ordnungsrahmen maßlos. Wenn wir Marktwirtschaft haben und sich die besten Techniken durchsetzen, dann glaube ich auch, dass diese Marktwirtschaft besser ist, als dass wir alles in staatliche Hand geben.

Herr Prof. Wallacher, noch mal meine Frage an Sie als Wissenschaftler. Ich verstehe, dass Sie nicht Parteipolitik machen wollen. Aber es fällt ja schon auf, dass es einen wissenschaftlichen Konsens darüber gibt, die Klimakrise und die Handlungsoptionen, die wir haben, klar zu benennen. An dieser Stelle bin ich mit Jens Teutrine in einem Dissens. Natürlich sagen wir alle in unserer jeweiligen Partei, dass wir Mut haben, für unsere Ideen zu kämpfen. Aber es ist schon auch objektivierbar, dass manche Parteien mit Vorschlägen kommen, die von der Wissenschaft komplett abgelehnt werden. Dass – finde ich – muss man auch reflektieren, und deswegen noch mal meine Frage an Sie als Wissenschaftler: Wenn Sie auf die Parteiprogramme gucken, stellt sich die spannende Frage, wie Sie zur Union oder vor allem zur CSU stehen und wie weit sich die CSU von solchen Prinzipien entfernt hat, die Sie ja hier auch vorgestellt haben, und inwieweit sich die CSU sozusagen auch von diesem „die Schöpfung als Wert erhalten“ usw. entfernt hat. Ich finde, diese Diskrepanz, die fällt mir bei der CSU immer

wieder auf. Die ist besonders groß bei einer Partei mit einer Religion im Parteinamen. Und dann stellen Sie hier ein Papier vor, das eigentlich vollkommen im Gegensatz zu den Idealen der CSU steht. Wie bewerten Sie das? Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ich glaube, jetzt muss ich gleich Herrn Dr. Stefinger noch mal auf die Redeliste setzen. Das mache ich auch sehr gerne, wenn er möchte. Aber erst einmal die Antwort auf die Frage.

Sachverständiger Prof. Dr. Dr.

Johannes Wallacher (Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Ich erlaube mir, vielleicht noch einen Aspekt kurz zu erläutern, bevor ich auf Ihre Frage komme.

Es geht noch einmal um die Frage „Mobilität“, da ja auch in Ihrem Fragenkatalog eine Frage zu den Car Sharing-Modellen vorkam. Ich glaube, dass ist noch mal ein ganz wichtiger Aspekt. Was man derzeit daraus lernen kann, ist vor allen Dingen das weitgehende Scheitern der Car Sharing-Angebote der großen Automobilkonzerne, die dies als Privatgut konstituiert hatten, mit dem Ziel einer möglichst schnellen bzw. starken Stellung im Markt und um Skalenaffekte und langfristig hohe Gewinnmargen in diesem Bereich zu erzielen. Dies wird im Aufbau eines Gemeingutes so zunächst nicht funktionieren. Wir sehen, dass die Car Sharing-Angebote dort gut funktionieren, wo sie von Initiativen, Vereinen, Stadtwerken getragen werden, wo es einen starken Gemeingutcharakter hat. Deswegen – glaube ich – ist es wichtig, dass wir diese Erfahrung noch einmal zusammenbringen und diese Frage wirklich von der Frage des „Gemeingutaspektes“ trennen. An dieser Stelle würde ich jetzt mal sagen, dass das der Markt nicht leisten wird, weil er im ländlichen Raum die Idee von Car Sharing nicht anbieten kann. Der Markt muss klassisch unterscheiden zwischen Bedürfnissen und Nachfrage. Der Markt reagiert nicht auf Bedürfnisse, sondern immer nur auf Nachfrage und wenn sich diese entsprechend darstellt.

Das ist auch der Wunsch an die „C-Parteien“ und an die anderen Parteien, diesen Gesamtrahmen noch einmal in den Blick zu nehmen. Das ist wirklich ein wichtiger Punkt.

Ich könnte an dieser Stelle noch mal auf die Frage



eingehen, ob es jetzt wirklich sinnvoll ist, so stark auf Kohle zu setzen, wenn ich jetzt mal nur einen Aspekt nennen möchte. Könnte man in der Abwägung der Fehler der Vergangenheit, die in der Energienutzung eklatant sind, diese noch einmal nutzen, um den starken Anstiegs der Emissionen, die wir momentan haben, zu vermeiden? Ich glaube, da finden wir in verschiedenen Bereichen unterschiedliche Punkte. Mir ist es ein Anliegen, jenseits von parteipolitischen Dingen alle auf die Prädanz und die Wichtigkeit dieser Themen hinzuweisen und zwar gerade aus einer wirtschaftsethischen Perspektive. Ich glaube, der Aspekt des „Stranded Assets“, also der Vermögenswerte und dem Festhalten am Status quo, ist eine der größten Barrieren, die die Transformation verhindert.

Wenn man auf Joseph Schumpeter schaut, dem großen Innovationsökonom, mit seinem Konzept zum Entrepreneurship aus den 1920-er Jahren, dann hat er ja sehr deutlich formuliert, dass Unternehmerinnen und Unternehmer im weiteren Sinne die Treiber bei der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Für ihn gehört zur Innovation immer die kreative Neuschöpfung, aber vor der kreativen Neuschöpfung stand die kreative Zerstörung des Bestehenden. Ich glaube, wir befinden uns in einer Gesellschaft, die tendenziell stark Status quo-orientiert ist. Das ist eine der größten Barrieren, die wir haben.

Mobilitätsforscher in Bezug auf die Stadt sagen mir übrigens, dass nicht die neuen Antriebsmotoren die Mobilität in den Städten verändert hätten, sondern der enorme Überdruss an den Fäkalien der pferdegelenkten Fuhrwerke sei der entscheidende Aspekt gewesen, um zu einer Änderung zu kommen. Wichtig wäre, dass wir das vielleicht insgesamt mit einer werteorientierten Perspektive in den Blick nehmen würden. Wenn alle diese Werteorientierung teilen, die ja durchaus in unserer Tradition ist, insbesondere auch bei den „C-Parteien“, dann – glaube ich – kommen wir in der Transformation voran.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):
Dankeschön. Jetzt gebe ich Herrn Dr. Stefinger natürlich noch mal die Gelegenheit. Bitteschön.

Abg. Dr. Wolfgang Stefinger (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Also man merkt, in Bayern ist aktuell Landtagswahlkampf und der

Kollege von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versucht, diesen in den PBnE zu tragen. Ich könnte jetzt natürlich alle möglichen Zahlen in Bezug auf Stromerzeugung in Bayern vorbieten, beispielsweise mit einem Anteil von 52 Prozent an erneuerbaren Energien etc. Das mache ich jetzt alles nicht, weil ich glaube, dass das hier nicht der Ort ist, um derartige Dinge auszutragen. Ich glaube, es ist hier in diesem Gremium guter Konsens, dass wir uns übergreifend mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ befassen und nicht mit jedem einzelnen Punkt.

Abg. Johannes Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können ja mal ins Konkrete gehen. Wo ist denn Herr Brinkhaus, wenn man ihn bräuchte?

Abg. Dr. Wolfgang Stefinger (CDU/CSU): Bei allem Dissens, den es auch im Parlament gibt, glaube ich, ist aber zumindest unter den demokratischen Parteien des Hauses das Thema „Nachhaltigkeit“ ein Punkt, den alle als wichtig erachten und dies hier auch in ihrer Politik entsprechend unterstreichen. Das wollte ich einfach nur noch mal sagen, und ich hoffe, dass wir hier in dem Gremium nicht Wahlkampf führen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Herr Dr. Stefinger. Ich bedanke mich bei Ihnen allen für den spannenden Diskurs. Ich bin immer noch ein klein wenig überrascht, wie stark uns doch alle die Verkehrspolitik beschäftigt. Wahrscheinlich hat das ein bisschen mit Besitzstandswahrung, vielleicht auch ein wenig mit persönlicher Freiheit zu tun. Das Thema wird uns ja in diesem Gremium auch noch weiter beschäftigen. Ich will vielleicht tatsächlich am Ende noch mal auf die Bemerkung hinweisen, dass diese Stellschrauben gelingender Transformation, darauf haben Sie, Herr Prof. Wallacher, ja mehrfach hingewiesen, im Grunde gemeinsam funktionieren. Auch wenn wir uns hier natürlich punktuell vertieft haben, ist das auch noch mal ein Aspekt, den wir besonders mitnehmen sollten. Gerade bei der kulturellen Dimension darf ich daran erinnern, dass, egal was wir als Politikerinnen und Politiker hier tun, wir nur erfolgreich sein werden, wenn wir die Gesellschaft mitnehmen und wenn wir Überzeugungsarbeit leisten. Dies ist der Fall, wenn sich die Kultur ändert, weil die



Transformation erfolgreich ist und dadurch akzeptiert wird.

In diesem Sinne, Herr Prof. Wallacher, ein herzliches Dankeschön für diese spannende Debatte. Das hat uns sehr bereichert. Wir werden uns damit weiterhin beschäftigen.

Sachverständiger **Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher** (Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Soialethik der Deutschen Bischofskonferenz): Ja, ich danke Ihnen allen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ich wünsche Ihnen jetzt ein gutes nach Hause kommen mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) Berlins. Ich kann ihn nur empfehlen. Der ÖPNV in Berlin funktioniert. Manches in dieser Stadt funktioniert nicht, aber der ÖPNV bietet ein gutes, nachhaltiges Verkehrsangebot. Vielen Dank. Ich wünsche allen einen schönen Feierabend.

Schluss der Sitzung: 19:34 Uhr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Helmut Kleebank".

Helmut Kleebank, MdB
Vorsitzender



30. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung am Mittwoch, 15. März 2023

Die **Studie „Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann“** der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.dbk-shop.de/de/publikationen/publikationen-wissenschaftlichen-arbeitsgruppe-weltkirchliche-aufgaben/studien-sachverstaendigengruppe-weltwirtschaft-sozialethik/wie-sozial-oekologische-transformation-gelingen.html#files>

Einen zusammenfassenden Artikel der Studie mit gleichlautendem Titel finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.herder.de/stz/hefte/archiv/146-2021/8-2021/wie-sozial-oekologische-transformation-gelingen-kann/>



Fragenkatalog

Öffentliche Anhörung über die Studie “Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann“ der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz am 15. März 2023

Fragen an Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher, Vorsitzender der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz:

1. *) Auf Seite 10 (2. Absatz) der Studie werden u.a. innovative Politikinstrumente und angemessene Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft gefordert. Im Hinblick auf die in dieser Legislaturperiode angestrebte Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung stellt sich die Frage, wie die Nachhaltigkeitsstrategie stärker in der parlamentarischen Praxis, insbesondere aber in der Gesetzgebung, verankert werden kann und wie der Beirat die Transformation gestalten und beschleunigen kann. Auf Seite 46 der Studie werden unter Ziffer 3.3 „Mangelnde politische Gestaltung und Kommunikation“ einige Schwierigkeiten der Politik ausdrücklich benannt. Wie lässt sich das von Ihnen beschriebene Phänomen der „politischen Kurzatmigkeit“ überwinden?
2. *) Auf Seite 60 der Studie wird hervorgehoben, wie wichtig es sei, konkrete Transformationsvorhaben möglichst partizipativ zu gestalten. Sind die beim Deutschen Bundestag im Aufbau befindlichen Bürgerräte dafür ein geeignetes Forum?
3. *) Meines Erachtens zurecht wird in vorliegender Studie angemerkt, dass der Einfluss des „Kulturellen Bedeutungsgewebes“ bei der Bewältigung der Zumutungen und der Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation zu wenig beachtet und in den laufenden Prozess der Transformation zu wenig eingebunden wird. Inwieweit nutzen die katholischen Bistümer bereits heute ihre Möglichkeiten, den Transformationsprozess aus kirchlicher Sicht zu begleiten? Wie informieren und diskutieren die deutschen Bistümer Fragen der Nachhaltigkeitspolitik mit ihren Mitgliedern, organisieren Teilhabe in den Gemeinden und motivieren die Gläubigen zur Hinterfragung des eigenen Lebensstils z. B. in Bezug auf den eigenen ökologischen Fußabdruck? Existieren Gremien, Prozesse oder konkrete Planungen, mit denen die katholische Kirche auf den verschiedenen Ebenen im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Prozess der Transformation des kulturellen Bedeutungsgewebes im Sinne der Nachhaltigkeit mitgestaltet oder mitgestalten will? Gibt es Beschlüsse, Absichtserklärungen oder ähnliches, nach denen sich die katholische

*) Fragen 1 – 5: Vorsitzender



Kirche als proaktiver Teil des Transformationsprozesses auch in kultureller Hinsicht sieht?

4. *) Die Studie akzentuiert sehr stark den Aspekt einer „fairen“ Verteilung von Zumutungen und Chancen. Zugleich betont sie, dass „Anreize“ für eine nachhaltige Entwicklung gesetzt und Fehlanreize vermindert oder verhindert werden müssten. Unter Anreizen werden im gängigen Verständnis unserer Art zu wirtschaften aber finanzielle Anreize, um nicht zu sagen: Gewinnmaximierung, verstanden. Führt diese Art von Anreiz nicht notwendig zur Akkumulierung von Ressourcen, und verstärkt dies nicht die bereits gegenwärtig global wie national extrem ungleiche Wohlstandverteilung nach dem Motto: „Wer viel hat, dem wird noch mehr gegeben“? Und steht dies nicht im Widerspruch zur eingangs genannten Forderung nach einer fairen Verteilung von Chancen?
5. *) Welcher Sachstand lässt sich in Bezug auf die Umsetzung von Elementen nachhaltiger Entwicklung in den deutschen Bistümern feststellen? Gibt es hierzu eine regelmäßige Dokumentation, ein Monitoring oder ein ähnliches Instrument zur Erfassung und Steuerung der Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung? Gibt es solche Instrumente auf der Ebene einzelner Diözesen, auf der Ebene der Deutschen Bischofskonferenz oder gar der Weltkirche bzw. welche Initiativen zur Implementierung gibt es hierzu?
6. ***) In der Studie wird aufgezeigt, dass Car-Sharing-Modelle ein Element der Änderung des Konsum- und Mobilitätsverhaltens darstellen sollen (Seite 26 f.). Inwiefern stellen Sie sich eine Förderung dieser Modelle durch den Bund und ggf. die Länder vor dem Hintergrund zahlreicher bereits bestehender Möglichkeiten an Sharing-Modellen, auch durch private Fahrgemeinschaften (z. B. via App), vor?
7. ***) Wie ordnen Sie die Bedeutung und die Zukunft der Kernenergie im Hinblick auf die Energiewende und den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung ein?
8. ***) Verantwortungs- und Zuständigkeitsstrukturen der einzelnen föderalen Ebenen waren in einer Krise wie der COVID-19-Pandemie oftmals ein Hemmnis. Welche Reformen zur Modernisierung des Staates sollte die Politik konkret angehen, um auf Krisen wie bspw. eine pandemische Lage besser, schneller und umfangreicher reagieren zu können?
9. ****) In der Studie wird darauf verwiesen, dass insbesondere die römisch-katholische Kirche in Deutschland eigenes Potenzial für die ökologische Transformation hat. Die katholische Kirche ist Deutschlands größter Immobilieneigner, verpachtet etwa 200.000 Hektar Land und besitzt mehrere Milliarden Euro in Anlagevermögen. Für wie fortgeschritten schätzen Sie die Kirche bei der ökologischen Transformation ihres eigenen Vermögens, etwa bei der energetischen Gebäudesanierung, ökologischen Standards in der Landwirtschaft oder Green-Finance?

**) Fragen 6 – 8: CDU/CSU-Fraktion

****) Frage 9: FDP-Fraktion



Hochschule für
Philosophie
München

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat
f. nachhaltige Entwicklung

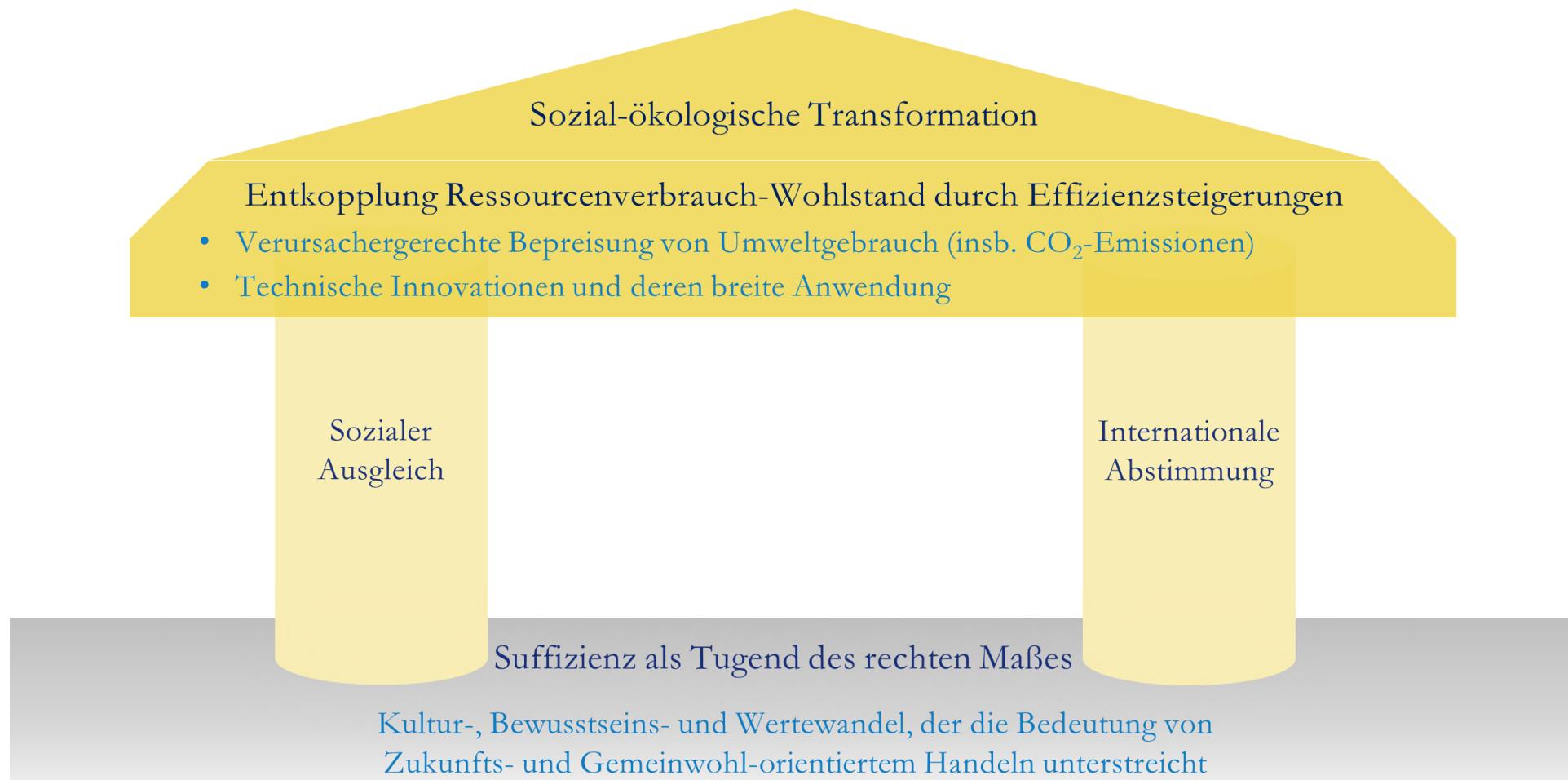
Ausschussdrucksache
20(26)47



WIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION GELINGEN KANN

Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher ■ 15.03.2023 ■ Parl. Beirat für Nachhaltige Entwicklung

Sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft als wertebasiertes Modernisierungskonzept



Grundstruktur der Studie

1. Hindernisse am Beispiel von Energiewende,
Konsum- & Mobilitätswende sowie Agrarwende

2. Eine positive Zielperspektive

3. Stellschrauben gelingender Transformation

4. Beitrag der Kirche



Energiewende



Barrieren/Hindernisse:

- Externalisierung von Kosten
- Pfadabhängigkeiten (finanziell, strukturell, kulturell)
- Mangelnde internationale Zusammenarbeit und Solidarität

Eigene Darstellung nach BGR Energiestudie 2018 und MCC Carbon Clock

Zielperspektive der Transformation



Gutes Leben für Alle:

- Gerecht und inklusiv innerhalb der planetarischen Grenzen
 - Selbstbestimmt in jeweiligen kulturellen Kontexten
 - Bedürfnisbefriedigung, faire Chancen, gerechte Verfahren
- Vertretbare Kosten bei zügigen Strukturreformen

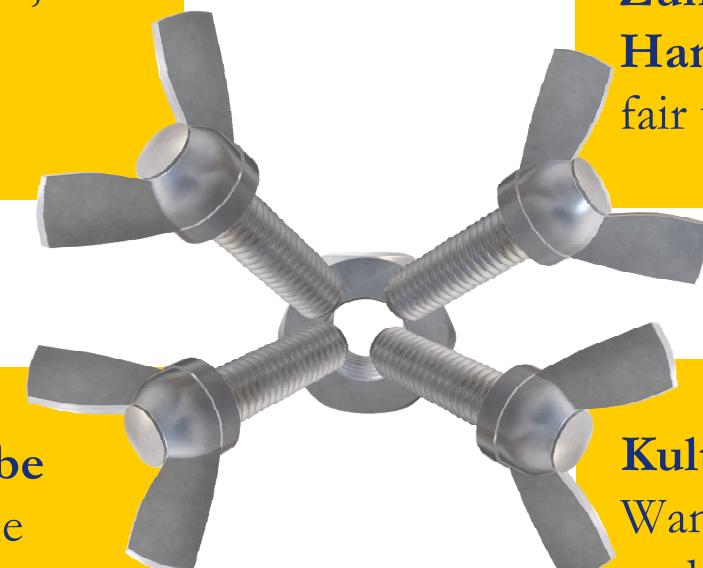
Stellschrauben gelingender Transformation

Ordnungsrahmen schaffen,
der Innovation und
Gemeinwohl befördert

**Zumutungen und neue
Handlungschancen**
fair verteilen

Transparenz und Teilhabe
fördern für gesellschaftliche
Unterstützung des Wandels

Kulturelle Dimension des
Wandels ernstnehmen
und nutzen



Stellschrauben gelingender Transformation

Ordnungsrahmen

- Verursachergerechte Bepreisung und Streichung umweltschädlicher Subventionen
- Agile Innovationsförderungspolitik
- Kohärente Nachhaltigkeitsstrategien

Zumutungen & neue Handlungschancen

- Sozialer Ausgleich der Transformation
- Sozialpflichtigkeit von „Stranded Assets“
- Internationale Technologie- und Finanzierungshilfen

Transparenz & Teilhabe

- politischer Mut, vorausschauende Kommunikation und Transparenz
- Zukunftsfähige Demokratie: Partizipation und Selbstbindung
- Kampf gegen Populismus

Kulturelle Dimension

- Effizienz und Suffizienz (Spiritualität)
- Sustainable Accounting (Wohlfahrtsindikatoren, unternehmerische Gewinne)
- verantwortungsvolle Bevölkerungspolitik



VIELEN DANK!



Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher ■ 15.03.2023 ■ Parl. Beirat für Nachhaltige Entwicklung